

40 Jahre Öko-Institut – Highlights der Institutsgeschichte

Übersicht

1. Die 1970er Jahre: Die streitbaren Wissenschaftsrebelln.....	1
1.1. Meilensteine der Arbeit des Öko-Instituts in diesem Jahrzehnt.....	2
2. Die 1980er Jahre: Energiewende und Tschernobyl prägen die Inhalte	3
2.1. Meilensteine der Arbeit des Öko-Instituts in diesem Jahrzehnt.....	3
3. Die 1990er Jahre: Unternehmenskooperationen, Klimaschutz und Nachhaltigkeit	5
3.1. Meilensteine der Arbeit des Öko-Instituts in diesem Jahrzehnt.....	5
4. Die 2000er Jahre: Strategien für Politik, Unternehmen und Gesellschaft.....	7
4.1. Meilensteine der Arbeit des Öko-Instituts in diesem Jahrzehnt.....	7
5. Die 2010er Jahre: Transdisziplinär, visionär – und nicht minder kritisch	10
5.1. Meilensteine der Arbeit des Öko-Instituts in diesem Jahrzehnt.....	10

1. Die 1970er Jahre: Die streitbaren Wissenschaftsrebelln

27 kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Aktivistinnen und Aktivisten rufen am 5. November 1977 auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Baden das Öko-Institut ins Leben. Neben Rechtsanwälten der südbadischen Anti-Atomkraftbewegung zählen Mitglieder der lokalen wie überregionalen Umweltbewegung, Vertreter der evangelischen Kirche sowie Natur- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler zu den Gründern.

Die Idee zur Gründung des Öko-Instituts resultiert aus den Erfahrungen des Freiburger Wyhl-Prozesses: Im baden-württembergischen Städtchen Wyhl soll Mitte der 1970er Jahre der Bau eines Kernkraftwerks genehmigt werden. Die Atomkraftgegner sehen sich mit einer „geballten Ladung“ (so DER SPIEGEL, 1977) fachlicher Expertise seitens der Atomkraftbefürworter konfrontiert, die Verwaltung und Industrie beraten. Die Anwälte der Anti-Atomkraft-Bewegung erkennen damals, dass dringend unabhängige wissenschaftliche Beratung und fundierte Gutachten nötig sind, wenn die Umweltbewegung Erfolg haben will.

Gleichzeitig ist den Gründerinnen und Gründern des Öko-Instituts aber auch wichtig, dass sich die Wissenschaft nicht vor der Bevölkerung verschließt. Das ist in den 1970er Jahren bei den Universitäten und Forschungszentren noch oft der Fall. So entsteht die Idee, ein wissenschaftliches Institut zu gründen, bei dem Informationen und Forschungsergebnisse öffentlich zur Verfügung stehen – zur Überprüfung oder für die Erarbeitung von Alternativen. Weiter soll damit auch eine Möglichkeit geschaffen werden, dass sich Menschen, die ein Umweltproblem vor Ort haben, vertrauensvoll an dieses Institut wenden können.

Für die thematische Entwicklung des Instituts ist all das wichtig, was spätestens seit Mitte der 1970er Jahre die Menschen in Umweltfragen bewegt – wie etwa die chemische Umweltverschmutzung, die sich unter anderem an den verschmutzten Flüssen zeigt oder aber die Risiken der Atomkraftwerke, die das Öko-Institut wissenschaftlich belegt und vor allem transparent macht.

In seinen Anfangsjahren liegt das Öko-Institut meist im Streit mit Unternehmen – über gefährliche Chemikalien wie das Holzschutzmittel Pentachlorphenol oder die ozonschichtzerstörenden FCKW,

über die Sicherheit von Chemieanlagen oder über die Sinnhaftigkeit von Müllverbrennung ohne engagierte Müllvermeidung. Es wird darauf gedrungen, bessere Standards einzuhalten und gefährliche Stoffe durch Alternativen zu ersetzen.

„Wir wissen: Die Forschung von heute entscheidet mit über die künftigen Lebensbedingungen. Wir dürfen diese Forschung nicht länger nur Staat und Industrie überlassen. Wir wollen deshalb selbst Alternativen für die Zukunft erforschen. [...] Wir tragen alle Mitverantwortung, ob und wie die Krisen unserer Welt bewältigt werden. [...] Wir können nur hoffen, wenn wir selber handeln. Aufgerufen ist jeder Einzelne, gemeinsam mitzuwirken an einer menschenwürdigen Zukunft“. (*Auszug aus der Gründungserklärung des Öko-Instituts*)

1.1. Meilensteine der Arbeit des Öko-Instituts in diesem Jahrzehnt

- Das Öko-Institut beginnt im Frühjahr 1978 mit der inhaltlichen Arbeit: Es liefert juristischen Beistand für die Anti-AKW-Proteste, veranstaltet ein atomkraftkritisches Wissenschafts-seminar, organisiert ein juristisches Seminar sowie die „AG Rechtshilfe Gorleben“ in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Lychow-Dannenberg.
- Anfang 1978 erscheint die erste Ausgabe der Mitgliederzeitschrift „Öko-Mitteilungen“. Die Öffentlichkeitsarbeit hat Erfolg: Dank steigender Mitgliederzahlen und -beiträge können erste Wissenschaftler eingestellt werden. Der Institutsaufbau wird aber vor allem durch ehrenamtliches Engagement geleistet.
- Im Februar 1978 wird vom Öko-Institut ein Workshop über ein alternatives Energieprogramm für die Bundesrepublik Deutschland organisiert, unter anderem mit dem US-Wissenschaftler und „Friends of the Earth“-Aktivist und Erneuerbare Energien-Pionier Amory Lovins. Die Idee zur Energiewende-Studie entsteht.
- Prof. Günter Altner, Mitbegründer und Kuratoriumsmitglied des Öko-Instituts und AKW-Gegner der ersten Stunde, wird im Dezember 1978 in die Bundestags-Enquete-Kommission einberufen, in der Experten Vorschläge für die „zukünftige Kernenergie-Politik“ erarbeiten sollen.
- Das Öko-Institut veranstaltet eine wissenschaftliche Konferenz in Hannover über das geplante "Nukleare Entsorgungszentrum" (NEZ) in Gorleben, mit Erörterung der Gefahren der Wiederaufbereitung und Lagerung von radioaktivem Müll aus AKWs. Zusammen mit der großen Anti-AKW-Demo und dem AKW-Unfall in Harrisburg, trägt das „Gorleben-Hearing“ im Frühjahr 1979 maßgeblich dazu bei, dass die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben nicht umgesetzt wird.
- „Zeit zum Umdenken: Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker hatte sich im Juni 1979 in der ZEIT in die Atomdebatte eingemischt. Das Öko-Institut kritisiert in einem Sammelband, der beim rororo-Verlag erscheint, Weizsäckers Pro-Atomenergie-Thesen.
- Nach der "großen Stunde der Gegenexpertise" beim Wissenschaftler-Hearing über die Wiederaufbereitungsanlage im niedersächsischen Gorleben, beschließt das Öko-Institut im Juni 1979, eine Außenstelle in Hannover einzurichten. Dort sollen in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen die Themen Endlagerung und "Schneller Brüter" kritisch untersucht werden.

Detaillierte Hintergrundinformationen zu diesen und weiteren Meilensteinen des Öko-Instituts finden Sie im Zeitstrahl auf dem Jubiläumsblog <http://40.oeko.de/>

2. Die 1980er Jahre: Energiewende und Tschernobyl prägen die Inhalte

Nicht nur auf Gefahren aufmerksam machen, sondern auch Lösungen aufzeigen, lautet von Anfang an ein Grundprinzip des Instituts: mit wissenschaftlich fundierten Studien, die das Deutungsmonopol der etablierten Wissenschaft aufbrechen. Bereits beim Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl zeigt sich, dass zur Durchsetzung ökologischer Verbesserungen nicht nur wissenschaftlicher Sachverstand, sondern auch juristisches Wissen benötigt wird.

Auch bei weiteren Gerichtsverfahren, wie bei umweltgefährdenden Nuklear- und Industrieanlagen oder Mülldeponien, kann das Öko-Institut in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen bei Anhörungs- und Genehmigungsverfahren sowie auch vor Gerichten immer wieder wichtige Erfolge erzielen. Dabei entwickelt das Öko-Institut nicht nur wissenschaftliche Expertise, sondern auch viel Knowhow rund um Genehmigungsverfahren. Deshalb gründet das Öko-Institut die Koordinationsstelle Genehmigungsverfahren (KGV), die diese Kompetenzen bündeln soll. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger, Umweltgruppen und Kommunen, die sich gegen den Bau umweltschädlicher Anlagen wehren wollen, nicht nur mit wissenschaftlichen Argumenten, sondern auch mit juristischen Hinweisen zur Seite zu stehen.

Die durch Mitgliederspenden finanzierte „Energiewende“-Studie gehört in diesem Jahrzehnt bereits zu den bahnbrechenden Untersuchungen zum Atomausstieg und den Potentialen alternativer Energiekonzepte und erneuerbarer Energien. Die Studie erreicht 1980 ein riesiges Medienecho, prägt den Begriff „Energiewende“ und entfaltet damit bis heute große Wirkungskraft. Sie findet Eingang in den Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ der Bundesregierung – ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur wissenschaftlichen Anerkennung des Öko-Instituts und seiner Etablierung als umweltpolitischer Akteur.

Unabhängige wissenschaftliche Informationen liefern die Nuklearexpertinnen und -experten auch nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Das Öko-Institut bewertet und kritisiert die von den deutschen Behörden ausgegebenen Grenzwerte, wird zur ersten Anlaufstelle für Bürger und Journalisten, ruft zur Gründung von Energiewendekomitees auf und legt zusammen mit dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) eine Studie zum Sofortausstieg aus der Atomenergie vor. Durch den Tschernobyl-Unfall steigt die gesellschaftliche und wissenschaftliche Anerkennung des Instituts gewaltig – ebenso seine Aufträge und Mitgliederzahlen.

2.1. Meilensteine der Arbeit des Öko-Instituts in diesem Jahrzehnt

- Im Sommer 1980 erhält das Öko-Institut seinen ersten großen staatlichen Auftrag: Es soll für das Bundesforschungsministerium das „Restrisiko“ von Leichtwasserreaktoren ermitteln. Die 1983 fertiggestellte „Reaktorsicherheitsstudie“ umfasst 2.500 Seiten in drei Bänden und ist gleichzeitig Startschuss für die Gründung des zweiten Büros des Öko-Instituts in Darmstadt.
- Chemieverunreinigungen durch Industrie und Landwirtschaft haben in der Bundesrepublik so stark zugenommen, dass selbst das Trinkwasser häufig stark belastet ist. Das zeigt die "Trinkwasserstudie" des Öko-Instituts, die 1981 harsche Reaktionen provoziert.
- Die „Muttermilch-Studie“ des Öko-Instituts schlägt hohe Wellen: Kurz nach der Trinkwasserstudie 1981 belegt das Öko-Institut mit der Studie, dass aufgrund hoher Umweltbelastungen sogar Muttermilch stark mit Umweltgiften belastet ist.
- Im Frühjahr und Sommer 1982 veröffentlicht das Öko-Institut mehrere Publikationen zu Luftreinhaltung, saurem Regen und Kohlepolitik als Diskussionsgrundlagen zum Waldsterben und möglichen Gegenstrategien in Deutschland.

- Mit dem „Öko-Knigge“ und „Chemie im Haushalt“ schaffen es 1984 zwei populärwissenschaftliche Umweltratgeber aus dem Umfeld des Öko-Instituts in die SPIEGEL-Bestsellerliste und halten sich dort monatelang. Beide Bücher tragen viel dazu bei, das Öko-Institut und seine Themen in der Öffentlichkeit noch bekannter zu machen.
- Die 2. Energiewende-Studie: „Für eine neue Energiepolitik der Kommunen.“ Die Themen Re-Kommunalisierung der Energiewirtschaft und „Least-cost Planning“ als Unternehmensstrategie fördern 1985 die energiewirtschaftliche Diskussion in Deutschland.
- 1986 erstellt das Öko-Institut im Auftrag des Hessischen Ministers für Umwelt und Energie eine Studie über die „Gefahren der Gentechnik“, die in ein Gerichtsurteil zur Insulin-Produktion bei der Hoechst AG einfließt. Das Urteil führt dazu, dass die Bundesregierung 1988 ein Gesetz zur Kontrolle der Gentechnik ausarbeitet.
- Ab Mitte der 1980er Jahre legen Arbeiten zu Emissionen verschiedener Anlagen in Frankfurt und Darmstadt (Merck, Staudinger, MVA Osthafen und Heizkraftwerk West in Frankfurt/Main) den Grundstein für eine umfassende Beteiligung des Öko-Instituts in öffentlichen Genehmigungsverfahren.
- Beratung der hessischen Landesregierung zum 1. Hessischen Energiegesetz Mitte der 1980er Jahre. Einer von vielen Meilensteinen in der Politikberatung durch das Öko-Institut bei der Formulierung von Gesetzen und Verordnungen.
- Publikation des Buchs „Produktlinienanalyse – Bedürfnisse, Produkte und ihre Folgen“, das bereits 1987 – fünf Jahre vor der Deklaration einer Nachhaltigen Entwicklung auf der Rio-Konferenz – die integrierte ökologische, ökonomische und soziale Bewertung von Produkten und der ganzen Produktlinie vorschlägt.
- Rettung der Grube Messel: 1988 gibt der Verwaltungsgerichtshof Kassel Bürgerinitiativen recht, die verhindern wollen, dass das Ölschieferabbaugebiet mit seinen bedeuteten Fossilfunden in eine Mülldeponie verwandelt wird. Das Darmstädter Büro des Öko-Instituts hat Alternativen zu den Deponieplänen entwickelt und damit zur Erhaltung des uralten Fossilagers beigetragen. Die Deponie in der Grube wurde verhindert; der Fundort einzigartiger Fossilien wurde 1995 in die Liste UNESCO-Weltnaturerbe aufgenommen.
- Die politische Rolle der Europäischen Gemeinschaft gewinnt zunehmend an Bedeutung. Das Öko-Institut konzentriert sich in einer durch Mitgliederspenden finanzierten Studie 1988 erstmals auf den europäischen Energiemarkt und zeigt Strategien für eine europäische Energiewende auf.
- "Ozonloch und Treibhauseffekt": Das Öko-Institut zeigt in einer Publikation von 1989, wie die Erderwärmung und der Abbau der stratosphärischen Ozonschicht durch den Menschen verursacht werden – und wie das verhindert werden kann.
- GEMIS-Projekt: Das Öko-Institut entwickelt 1989 ein heute weltweit genutztes Energiebilanzierungs- und Stoffstrommodell (englische Version seit 1990).

Detaillierte Hintergrundinformationen zu diesen und weiteren Meilensteinen des Öko-Instituts finden Sie im Zeitstrahl auf dem Jubiläumsblog <http://40.oeko.de/>

3. Die 1990er Jahre: Unternehmenskooperationen, Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Das Öko-Institut erweitert seine Beratungen in ökologischen Fragen für verschiedene Landesregierungen, Bundesministerien sowie die Europäische Union und lässt die alleinige Rolle des ökologischen Anklägers zunehmend hinter sich. Das Institut führt dabei das bürgerschaftliche Engagement mit kommunalen Entscheidungswegen zusammen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entwickeln Konzepte zur Umsetzung konkreter lokaler, regionaler und nationaler Projekte unter Berücksichtigung der Umweltperspektive. Dabei ergeben sich sowohl national durch die Wiedervereinigung, wie auch in der internationalen Zusammenarbeit immer größere Perspektiven.

In der wiedervereinigten deutschen Hauptstadt Berlin gründet das Institut 1991 ein Büro, arbeitet dort mit Fragen zum Energie- und Klimaschutz und nimmt dabei vor allem energiepolitische Fragestellung in den neuen Bundesländern sowie in Osteuropa ins Visier. Die Expertinnen und Experten unterstützen die Bundesregierung bei den internationalen Klimaverhandlungen, die 1997 in Kyoto erstmals in einem international bindenden Vertrag zur Treibhausgasminde rung münden.

Das Öko-Institut untersucht, wie das Verhalten von Verbrauchern gesellschaftliche Veränderungsprozesse mitgestaltet. Kernaussage der Untersuchung: Verzicht predigen reicht nicht aus, um Änderungen im Konsumverhalten zu erreichen. Vielmehr sind positive Botschaften, die Erkenntnis und das Erleben notwendig, dass Selbstverwirklichung und Bestätigung nicht mit mehr Konsum und umweltschädlichen Lebensweisen verbunden sein müssen.

Mit den Ökobilanzen beginnen die ersten Kooperationen mit Unternehmen. Diese interessieren sich dafür, wie einzelne Produkte oder Produktkonzepte in der Ökobilanz abschneiden. Darüber hinaus entstehen erste Nachhaltigkeitsanalysen, wie etwa die „Produktlinienanalyse Waschen und Waschmittel“ im Jahr 1997. Diese Studie ist richtungsweisend, formuliert sie doch zentrale Empfehlungen, die von den Unternehmen auch umgesetzt werden: Vollwaschmittel durch Kompaktwaschmittel ersetzen, niedrigere Waschttemperaturen, bessere Befüllung der Trommel und richtige Dosierung. Die Hersteller bauen nun energiesparende Waschmaschinen, die mit niedrigeren Waschttemperaturen genauso gut reinigen.

In einer langen Dialogserie mit dem Chemieunternehmen Novartis geht es um Sicherheit und Perspektiven in der Chemikalienproduktion – ein Thema, bei dem die Basler Chemieindustrie aufgrund des Sandoz-Unfalls bereits sensibilisierter und auch weiter als ihre deutschen Konkurrenten ist.

Im Projekt „Hoechst nachhaltig“ mit der Hoechst AG werden zwischen 1995 und 1997 erstmals zwei Produkte des Unternehmens auf ihre Nachhaltigkeit analysiert und Empfehlungen für das Nachhaltigkeitsmanagement des Unternehmens abgeleitet. Dem Öko-Institut bietet sich dadurch die Möglichkeit, unternehmensinterne Prozesse und Entwicklungen besser zu verstehen und zukünftig als kritisches Institut Unternehmen gut zu beraten und lösungsorientiert auf spezifische Unternehmensprobleme zu schauen. Gleichzeitig können die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Produktlinienanalyse weiterentwickeln und mit dem englischen Namen PROSA – Product Sustainability Assessment auch international bekannt zu machen.

3.1. Meilensteine der Arbeit des Öko-Instituts in diesem Jahrzehnt

- Die Studie „Bestandsaufnahme und Perspektiven der Atom- und Energiewirtschaft der DDR“ in Kooperation mit dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) markiert 1990 den Start der Stadtwerkebildung in den ostdeutschen Bundesländern.
- Nachhaltige Mobilität: Mit einem durch Mitgliederspenden finanzierten Forschungsprojekt zum Thema „Verkehr und Ozon“ wird 1991 der Grundstein für den Aufbau eines eigenständigen Bereichs Verkehr gelegt.

- Rainer Grießhammer wird 1992 Mitglied der „Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestags (besser bekannt als „Chemie-Enquete-Kommission“).
- Revision of the European Treaties in the Energy Sector: Nach der 1994 durch Mitglieder-spenden finanzierten Studie "Energiewende Europa" wird das Öko-Institut nun vom Europäischen Parlament beauftragt. Es soll zeigen, wie die Europäische Energiepolitik umgestaltet werden muss, damit die EU die Klimaschutzziele erreichen kann, die auf der Rio-Konferenz von 1992 verabschiedet wurden.
- 1994 zeigt das Öko-Institut in der durch Spenden finanzierten Studie „Jenseits vom Grünen Punkt“ ineffektive Strategien des Dualen System Deutschland (DSD) auf und macht stattdessen Vorschläge für „Alternativen zur Verpackungsverordnung und dem DSD“.
- Seit der ersten UN-Klimakonferenz (COP 1) in Berlin 1995 ist das Öko-Institut kontinuierlich als Berater des Umweltministeriums und der EU-Kommission in verschiedenen Verhandlungsbereichen tätig.
- Sicherheitsbewertungen zum Kernkraftwerk Greifswald führen 1995 zu dessen endgültiger Stilllegung. Projekte wie das Sanierungskonzept des Wismut Uran-Bergbaus und die Auflösung des oberirdischen nuklearen Endlagers in Rheinsberg begleitet das Öko-Institut fachlich.
- Ablehnung der Wiederaufarbeitung von deutschem Atommüll im Ausland und Fürsprache zur Zwischenlagerung in Deutschland im Jahr 1996. Unter dem Schlagwort „Castor-Konflikt“ diskutiert, mündet diese Debatte im novellierten Deutschen Atomgesetz (2002), das die Wiederaufbereitung beendet.
- Start des Mediationsverfahrens zum Frankfurter Flughafen, initiiert von der hessischen Landesregierung. Das Öko-Institut begleitet 1997 den Prozess als wissenschaftlicher und als für alle Beteiligten interessensunabhängiger Partner.
- Globalisierung in der Speisekammer: Eines der jährlich aus Mitgliederbeiträgen finanzierten strategischen Projekte des Öko-Instituts, das 1999 die globale Nahrungsmittelproduktion auf den Prüfstand stellt.
- Studie zum Atomtransport-Skandal: Das Öko-Institut widerlegt 1999 ein Gutachten der Strahlenschutzkommission (SSK), in dem behauptet wird, dass von der Kontaminierung von Atommüll-Transportbehältern keine Gesundheitsgefährdung ausgehen würde.
- Analyse „Politiksznarien für den Klimaschutz: Szenarien und Maßnahmen zur Minderung von CO₂-Emissionen in Deutschland bis 2020“ markiert Ende der 1990er Jahre den Beginn der seitdem kontinuierlichen Beratung der Bundesregierung über die langfristige Wirksamkeit von Klimapolitik.
- Ende der 1990er Jahre stellen die Studien „Raumwärmenutzung in den neuen Ländern“ und „Kraft-Wärme-Kopplung in Brandenburg“ erste Potenzialuntersuchungen zum Thema Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) dar. Sie gehen in die Beratungen des Öko-Instituts für das BMU zum ersten KWK-Gesetz in Deutschland ein.

Detaillierte Hintergrundinformationen zu diesen und weiteren Meilensteinen des Öko-Instituts finden Sie im Zeitstrahl auf dem Jubiläumsblog <http://40.oeko.de/>

4. Die 2000er Jahre: Strategien für Politik, Unternehmen und Gesellschaft

Die politische und wissenschaftliche Beratung wird ausgeweitet – die Auseinandersetzung mit bundespolitischen Themen und die Beratung von Ministerien stehen nun im Mittelpunkt der Arbeit. Zusätzlich werden grenzübergreifende, komplexe Projekte für die Europäische Union – aber auch mit und für Unternehmen bearbeitet.

Das Öko-Institut wirkt bei der Einführung des Treibhausgas-Emissionshandels für die EU und die Bundesrepublik beratend mit und befasst sich mit Emissionshandelssystemen auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene. Zu den umfassenden Arbeiten gehören Stellungnahmen zum Grünbuch der EU-Kommission und Kommentierung der EU-Richtlinie, Erarbeitung der Grundlagen für die nationalen Allokationspläne, Studien zu Auktionierung, Benchmarks und Ausweitung auf den internationalen Flug- und Schiffsverkehr.

Nachhaltige Mobilität und Konsum werden als weitere Themenschwerpunkte erschlossen und die Unternehmensberatung für eine nachhaltige Entwicklung erweitert. Auftraggeber sind nun – neben politischen Institutionen auf Bundesebene und den Umweltverbänden – zunehmend auch die Europäische Union sowie Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen.

Das Projekt Renewability analysiert erstmals umfassend integrierte Mobilitätsszenarien und ihre Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen. Auch untersucht das Öko-Institut in verschiedenen Forschungsvorhaben die Potenziale und Umweltauswirkungen von Elektromobilität sowie den Ressourcenbedarf und das Recycling von Elektrofahrzeugen. Die Themen Güterverkehr und Logistik werden ebenfalls zunehmend wichtiger: Zahlreiche Studien zu Emissionsvermeidungspotenzialen im Güterverkehr, Beratungstätigkeiten sowie die aktive Teilnahme an DIN- und CEN-Prozessen zur Entwicklung einer einheitlichen Methodik zur Berechnung von Treibhausgasbilanzen in der Logistik werden Teil der wissenschaftlichen Arbeit.

Mit Blick auf den nachhaltigen Konsum entsteht die Webseite EcoTopTen, die energieeffiziente und ökologische Produkte mit niedrigen Lebenszykluskosten empfiehlt. Die Kampagne soll Veränderungen im Kaufverhalten der Verbraucher und ökologische Produktinnovationen anregen.

Die Kooperation mit Unternehmen aus nahezu allen Branchen wird vom Öko-Institut weiter ausgebaut, wie etwa mit große Rohstoffkonzernen, Handelsunternehmen, Banken, Automobilherstellern und Telekommunikationsfirmen. Hinzu kommen europaweite Projekte mit Industrieverbänden, darunter den europäischen Verbänden zu Hausgeräten, Chemie und Kunststoff, um Branchenlösungen zu entwickeln. Im Auftrag der Europäischen Kommission wird an der Entwicklung von Kriterien für die Ökodesign-Richtlinie sowie an der EU-Richtlinie zur Beschränkung von gefährlichen Stoffen in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS) mitgearbeitet.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kritisieren weiterhin Unternehmen, die ihre nicht-nachhaltige oder sogar gefährliche Produktion und Arbeitsweisen fortführen – wie etwa die großen Energieversorger, die Betreiber von Atomkraftwerken oder die Agrogentechnikfirmen. Zugleich machen die Expertinnen und Experten Vorschläge für eine schärfere Regulierung, wie beim Chemikaliengesetz.

4.1. Meilensteine der Arbeit des Öko-Instituts in diesem Jahrzehnt

- Argumente gegen Genmais: Obwohl höchst umstritten, will Novartis in Deutschland Bt-Mais anbauen. Auf Grundlage eines Gutachtens des Öko-Instituts aus dem Jahr 2000 wird der Anbau verboten.
- Um eine langfristige Finanzierung des Öko-Instituts zu garantieren und es „fit für das nächste Jahrtausend“ zu machen, gründet der Instituts-Vorstand 2000 die „Stiftung Zukunftserbe“.

- Vorsitz der Reaktorsicherheitskommission: Michael Sailer wurde bereits 1999 als Mitglied in die Reaktorsicherheitskommission (RSK) berufen, die das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Atomfragen berät. Mit der Ernennung Sailer zum Leiter der RSK steht nun einer der „profilertesten Kritiker der Atomenergie in Deutschland“ und ein „Urgestein der Anti-Atom-Bewegung“ (Tageszeitung taz) jenem Gremium vor, das über die Sicherheit der AKWs in Deutschland wacht.
- Studie „Global Energy Strategy“: Im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung stellt das Öko-Institut 2002 eine globale Energiestrategie beim World Summit on Sustainable Development in Johannesburg vor.
- Studie zum EU-Weißbuch zur Neuordnung der EU-Chemikalienpolitik: Wesentliche Vorschläge aus dieser Studie des Öko-Instituts werden später in der REACH-Verordnung der EU umgesetzt.
- „Das überholte Paradigma der Gentechnik“: Das Öko-Institut erstellt 2004 im Auftrag von Greenpeace ein Diskussionspapier, das die Forschungsgrundsätze der Gentechnikbefürworter kritisch hinterfragt.
- Rainer Grießhammer wird 2004 Mitglied im „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WGBU), einem unabhängigen, wissenschaftlichen Gremium, das die Bundesregierung zu Klimaschutz und weltweiten Umweltproblemen berät.
- 2005 berät das Öko-Institut die Bundesregierung und die EU in mehreren Projekten bezüglich der Umsetzung der Vorgaben des Kyoto-Protokolls.
- Mitte der 2000er Jahre Start der Arbeit zu Umweltauswirkungen von Sportgroßveranstaltungen, die Umweltkonzepte für die Olympiabewerbungen von Leipzig 2012 und München 2018, Green Goal – Umweltprogramm für die Fußball-WM 2006 und die Frauen WM 2011 zur Folge haben. Das Projekt „Green Goal“ erarbeitete quantitative und qualitative Ziele für die Handlungsfelder Wasser, Abfall, Energie, Mobilität und Klimaschutz.
- „Restrisiko“-Studie: Nach der Tschernobyl-Reaktorkatastrophe von 1986 sind weitaus mehr Störfälle in Kernkraftwerken aufgetreten als öffentlich wahrgenommen wurde – das zeigt die Restrisiko-Studie einer internationalen Expertengruppe unter Beteiligung des Öko-Instituts im Jahr 2007. Die Untersuchung, die in mehrere Sprachen übersetzt wird, ruft international ein großes Medienecho hervor.
- Mogelpackung Ökostrom? In Deutschland wird 2008 über Etikettenschwindel bei „Grünem Strom“ diskutiert – das Öko-Institut schaltet sich ein.
- Die neue Entsorgungskommission (ESK) wird mit der Aufgabe ins Leben gerufen, das Bundesumweltministerium in allen Fragen rund um die Entsorgung nuklearen Materials zu beraten. Die ESK setzt sich aus elf Wissenschaftlern zusammen, darunter die Öko-Instituts-Nuklearexperten Beate Kallenbach-Herbert, Christian Küppers und Michael Sailer, der zum Vorstand der ESK ernannt wird.
- Erstellung von Klimabilanzen für Produkte: Ein Meilenstein ist hierbei das Pilotprojekt „Product Carbon Footprint“ (PCF), das 2008 in Kooperation mit zehn namhaften deutschen Unternehmen durchgeführt wurde.
- Die Studie „Modell Deutschland – Klimaschutz bis 2050“ stellt 2009 detailliert dar, wie die Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft, also der Umbau zu einer klimaschutzsichernden Gesellschafts- und Wirtschaftsweise bis 2050 in Deutschland gelingen kann.

- „Öko-Institut goes global“ ist Devise bis heute. Beispielprojekte dafür sind: Untersuchungen zu nachhaltiger Energienutzung auf dem afrikanischen Kontinent, Vorhaben zur weltweiten Standardsetzung bei der Nutzung von Biomasse oder die Evaluation der Umweltbewertung des Uranabbaus in Namibia.
- Analysen zum Stromsektor, darunter marktorientierte, realitätsnahe Modellierungen von Stromsystemen, wissenschaftliche Bewertung zu geplanten Kohlekraftwerken, Studien zur Konzentration auf den Energiemärkten, Berechnungen zu Gewinnmitnahmen der Energieversorgungsunternehmen, Analysen zu Strompreisen und Versorgungssicherheit vor dem Hintergrund des Atomausstiegs, Beratung zu Carbon Capture and Storage (CCS).
- Umwelt und Tourismus: Mit der Erarbeitung eines Grundlagenberichtes für die Bundesregierung erschließt das Öko-Institut das Themenfeld nachhaltiger Tourismus. Das BMBF-Verbundvorhaben „Nachhaltiges Wirtschaften im Tourismus“ setzt Standards für die zielgruppenorientierte Markteinführung nachhaltiger Reiseangebote.
- Zahlreiche Studien und Beratung zum Thema Unternehmensverantwortung, Corporate Social Responsibility (CSR), unter anderem für die Europäische Kommission, Verbraucherverbände sowie Ausrichtung internationaler Tagungen. Aktuelle Leitung eines sehr EU- Projektes zur Wirkung von CSR bei und durch Unternehmen (Impact).
- Das Öko-Institut ergreift die Initiative, die Gestaltung eines Umweltgesetzbuches gemeinsam mit den Umweltverbänden zu begleiten: Mit der Deutschen Umwelthilfe (DHU) und dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) werden Veranstaltungen und öffentliche Diskussionen organisiert, der Prozess fachlich bewertet sowie die Ergebnisse allgemeinverständlich aufbereitet.
- Beratungstätigkeiten für die nachhaltige Ausrichtung von Unternehmen. In diesem Zusammenhang unterstützte das Öko-Institut die Daimler AG, Veolia Environment, Henkel, DB Schenker, REWE Group, METRO Group, Haniel und andere, häufig verbunden mit der Entwicklung von Klimaschutzstrategien zur Reduktion von Treibhausgasen.
- Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen für die Vergabekriterien des „Blauen Engels“, das mit dem Zusatz „Schützt das Klima“ energiesparende und umweltfreundliche Produkte auszeichnet (Kooperation mit den Instituten IFEU und Ökopool sowie im Auftrag des Umweltbundesamtes).

Detaillierte Hintergrundinformationen zu diesen und weiteren Meilensteinen des Öko-Instituts finden Sie im Zeitstrahl auf dem Jubiläumsblog <http://40.oeko.de/>

5. Die 2010er Jahre: Transdisziplinär, visionär – und nicht minder kritisch

Im vierten Jahrzehnt seines Bestehens ist das Öko-Institut nicht nur inhaltlich gewachsen. An den drei Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin beschäftigt das Institut mittlerweile über 165 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter rund 115 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen Natur-, Ingenieurs-, Wirtschafts-, Rechts-, Sozial- und Kommunikationswissenschaften.

Die ursprüngliche Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern mit Rat und Tat und vor allem mit wissenschaftlichem Sachverstand zur Seite zu stehen, hat weiterhin Bestand und wird heute transdisziplinär und in Interaktion mit allen Beteiligten (Stakeholder) umgesetzt. Auch dadurch werden jährlich mehr als 380 nationale und internationale Projekte in den Arbeitsgebieten Chemikalienmanagement und Technologiebewertung; Energie und Klima; Immissions- und Strahlenschutz; Landwirtschaft und Biodiversität; Nachhaltigkeit in Konsum, Mobilität, Ressourcenwirtschaft und Unternehmen; Nukleartechnik und Anlagensicherheit sowie Recht, Politik und Governance bearbeitet.

Auf den vom Öko-Institut organisierten [Jahrestagungen](#) diskutieren die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit Gästen aus Forschung, Politik und Wirtschaft intensiv über Risiken und Chancen von gesellschaftlich relevanten Themen wie Nanotechnologien oder zeigen Wege und Fahrpläne für die kommenden Jahrzehnte auf, wie etwa bei der „Jahrestagung Rohstoffwende 2049“. Zu der in den 1970er Jahren vom Öko-Institut geprägten Energiewende wird eine [Halbzeitbilanz](#) gezogen. Kohleausstieg, Weiterentwicklung des Strommarktdesigns, Vollendung des Atomausstiegs mit all seinen Herausforderungen: Das Öko-Institut zeigt dabei auf, welche Herausforderungen und Aufgaben noch bewältigt werden müssen, damit die Energiewende bis 2050 abgeschlossen werden kann.

Von der Stiftung Zukunftserbe geförderte Eigenprojekte und die Initiierung von auf Spendenbasis finanzierten Projekten, ermöglichen den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Institut, unabhängig eigene Forschungsfragen aufzugreifen und Antworten darauf zu finden. So stellt das Öko-Institut im Eigenprojekt [„Suffizienz“](#) heraus, dass es nicht allein um Veränderung im individuellen Verhalten geht, sondern eine Suffizienzpolitik und Änderungen bei Gesetzen, Steuern und Subventionen erforderlich sind. Mit Hilfe einer Spendenkampagne startet das Öko-Institut in Äthiopien, Tansania und Kamerun das [„Lead Recycling Africa Project“](#). Zusammen mit Kooperationspartner aus diesen Ländern arbeitet das Institut daran, mehr Bewusstsein über die Situation in den betroffenen Ländern, aber auch international zu schaffen und Lösungen zum umweltgerechten Recyceln von Bleibatterien sowie zum Gesundheitsschutz zu entwickeln.

5.1. Meilensteine der Arbeit des Öko-Instituts in diesem Jahrzehnt

- Das Öko-Institut intensiviert ab 2010 die Zusammenarbeit mit Unternehmen, etwa zum methodischen Austausch über Ökoeffizienzanalysen mit BASF und die unternehmerischen Verantwortung zur Nachhaltigkeit – darunter Corporate Social Responsibility (Projekte RARE, IMPACT mit Unterstützung der EU).
- Prof. Dr. Rainer Grießhammer erhält 2010 den Preis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). Das Preisgeld von 245.000 Euro fließt zum größten Teil in Projekte des Öko-Instituts und in die Stiftung Zukunftserbe.
- Wie Elektroschrott umweltgerecht recycelt und entsorgt werden kann sowie gleichzeitig Sozialstandards eingehalten werden können, zeigen 2010 die Ergebnisse einer Studie über Elektroschrott-Recycling in Ghana, die das Öko-Institut im Auftrag des niederländischen Umweltministeriums (VROM-Inspectorate) und dem niederländischen Recyclingverband (NVMP) durchgeführt hat.

- Das Öko-Institut erstellt 2011 gemeinsam mit dem Deutschen Speditions- und Logistikverband (DSLTV) und dem Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (Ifeu) den Leitfaden „Berechnung von Treibhausgasemissionen in Spedition und Logistik“.
- Beteiligung des Öko-Instituts an dem EU-Forschungsprojekt „Policies to Promote Sustainable Consumption Patterns“ (EUPOPP) in 2011: Darin werden aktuelle Konsumtrends untersucht und vergleichend zehn Fallstudien analysiert, die alle Regionen der EU abdecken.
- Das Öko-Institut gründet 2011 mit weiteren Pionieren der Nachhaltigkeitsforschung das „Ecological Research Network“ (Ecoronet) – ein Netzwerk der außeruniversitären, gemeinnützigen Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschungsinstitute in Deutschland.
- Das Thema „Grüne IT“ gewinnt beim Öko-Institut an Bedeutung: 2011 entwickelt es Vergabekriterien für einen Blauen Engel für besonders energieeffiziente Rechenzentren. Zahlreiche weitere Studien zum Thema „Grüne IT“ folgen.
- Das Öko-Institut arbeitet in den 2010er Jahren verstärkt zur zukünftigen Stromnetz-Infrastruktur – etwa im Projekt „eTelligence“ (2012), mit einer „Roadmap für intelligente Netze“ in Baden-Württemberg (2013), mit der „Verteilnetz-Studie Rheinland-Pfalz“ (2014) oder mit einer Kommentierung des Netzentwicklungsplans 2015 der Bundesregierung.
- Eine Studie des Öko-Instituts zeigt 2011, dass die Förderung von Kobalt im Kongo mit vielen tödlichen Unfälle und Kinderarbeit verbunden ist.
- Im Forschungsprojekt OPTUM untersucht das Öko-Institut 2012 im Auftrag des Bundesumweltministeriums, ob Elektromobilität tatsächlich beim Umwelt- und Klimaschutz hilft. Die Studie löst einigen Wirbel aus und ist Auftakt für viele weitere Untersuchungen zum Thema.
- Die von der Stiftung Zukunftserbe unterstützte Publikation „Kernenergie – Eine Technik für die Zukunft?“ zeigt 2012 die Aspekte und Folgen der Kernenergienutzung auf.
- Das Öko-Institut und die Nachhaltigkeitsplattform Utopia startet 2012 unter dem Slogan „Energiewende – wir fangen schon mal an“ eine bundesweite Energiesparkampagne.
- Stadt der Zukunft“ – Vision oder Realität? Start des spendenfinanzierten Forschungsprojekts "Lebenswerte Innenstädte durch emissionsfreien Verkehr" im Herbst 2013.
- Michael Sailer, der Sprecher der Geschäftsführung des Öko-Instituts, wird als 2014 Mitglied in die Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe berufen. Ihre Aufgabe: 2016 Kriterien für die bestmögliche und vor allem sichere Lagerung radioaktiver Abfallstoffe definieren – unter transparenter, gerechter und umfassender Einbeziehung der Öffentlichkeit.
- Im Auftrag des WWF überprüft das Öko-Institut regelmäßig die Auswirkungen der Freizuteilung von Emissionsrechten im Rahmen des EU-Emissionshandels an energieintensive Industrieunternehmen und kritisiert 2014 die Freizuteilung von Treibhausgas-Emissionsrechten in der EU.
- Das Öko-Institut begleitet erarbeitet 2014 wissenschaftlich ein Verkehrskonzept, das von den Umweltverbänden WWF, BUND, Germanwatch, NABU und VCD erarbeitet wird. Das Konzept schlägt eine radikale Wende in der Verkehrspolitik vor.
- Der Frage, was gutes Essen ausmacht und welche Kosten sich hinter unserer Ernährung verbergen, geht das Öko-Institut 2014 in der Studie „Nachhaltig Kochen! Ein politisches Kochbuch“ aus einem Spendenprojekt nach.

- Das Öko-Institut macht 2014 Vorschläge für eine strukturelle Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Unter anderem sollen Privathaushalte, die bisher bei den Kosten für die Energiewende überdurchschnittlich zur Kasse gebeten werden, entlastet und Unternehmen stärker in die Pflicht genommen werden.
- Große Transformationen in Richtung Nachhaltigkeit werden oft durch die Zivilgesellschaft angestoßen. Doch wie werden sie zu einem breiten Erfolg? Diese Frage untersucht das Öko-Institut 2015 im „Models-of-Change“-Forschungsprojekt im Auftrag von Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium sowie in Zusammenarbeit mit der Zeppelin Universität und dem Kulturwissenschaftlichen Institut Essen.
- Klimaschutz in Gebäuden: Die Bundesregierung will erreichen, dass bis zum Jahr 2050 der Gebäudebestand nahezu klimaneutral wird. Eine Studie des Öko-Instituts im Auftrag des Umweltbundesamtes zeigt 2016, wie der Energiebedarf von Gebäuden gesenkt und der benötigte Rest durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann.
- Politische Strategien für eine längere Nutzungsdauer von Produkten stehen im Fokus der Studie „Obsoleszenz“ die 2016 abgeschlossen wird. Verkürzen Hersteller absichtlich die Lebensdauer ihrer Produkte, zum Beispiel durch „Sollbruchstellen“, um damit mehr Profit zu machen? Das Umweltbundesamt beauftragt das Öko-Institut und die Universität Bonn, diese Frage in einer Studie zu untersuchen.

Detaillierte Hintergrundinformationen zu diesen und weiteren Meilensteinen des Öko-Instituts finden Sie im Zeitstrahl auf dem Jubiläumsblog <http://40.oeko.de/>

Kontakt zum Öko-Institut

Mandy Schoßig

Leiterin Öffentlichkeit & Kommunikation
 Pressestelle

Öko-Institut e.V., Büro Berlin
 Tel.: +49 30 405085-334
 E-Mail: m.schoessig@oeko.de

Alexa Hännicke

Referat Öffentlichkeit & Kommunikation

Öko-Institut e.V., Büro Darmstadt
 Tel.: +49 6151 8191-141
 E-Mail: a.haennicke@oeko.de
